

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Mülken St. Nicola, St. Jacob

St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruchsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Nr. 267.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

Sonnabend, den 17. November

Haupt-Insertionsorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

1906.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgepaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Der amtlichen Teil kostet die zweipaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Nachnahme gegenwärtig bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das Wichtigste.

* Fürst Bälou hatte am Donnerstag eine längere Unterredung mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Aehrenthal.

* Die Eisenbahnstation Sachednem bei Warschau wurde von einer 30 Mann starken bewaffneten Bande überfallen, das Geld geraubt, Akten und Apparate zerstört und ein Gendarm getötet.

* Wie das „Posener Tageblatt“ meldet, wurde in dem Dorfe Studjnic bei Rogasen das katholische Schulhaus mit Steinen bombardiert und später in der Nacht die Wohnung des Lehrers beschossen, sodas die Fenster scheiben zertrümmert wurden.

Die Reichstagsdebatte über die auswärtige Politik.

Die große Haupt- und Staatsaktion, die mit der Wassermaankchen Interpellation über unsere auswärtige Politik am Mittwoch anzubringen schien, lief am Donnerstag unter geringer Anteilnahme ziemlich leiser ab. Eigentlich wurde ihr am Vortage schon das Rückgrat gebrochen durch die Rede des Abg. Spahn. Während die Vertreter aller übrigen Parteien, von den Konservativen angefangen bis zu den Sozialisten, erstliche Momente zur auswärtigen Politik beizubringen hatten, fand der Führer der Ultramontanen eigentlich alles gut und schön. Das Zentrum fühlt sich beglücklich in Deutschland. Wenn die anderen Redner auslachten, mehr oder weniger eindringlich bekräftigen zu müssen, daß Beunruhigung und Unruhmöglichkeit in weiten Volksteilen sich geltend mache, bekräftigte der Zentrumsführer ausdrücklich, daß er und seine Partei und deren Wähler vollkommen ruhig wären. Dagegen fiel es gar nicht ins Gewicht, daß auch Herr Spahn dieses und jenes an der offiziellen Politik und der Weltlage Deutschlands auszuweisen hatte. Die einzige Ursache zur Beunruhigung, die er glaubte anerkennen zu müssen, sind bloß die hin und wieder auftauchenden Angriffe auf das allgemeine Wahlrecht. Sie hätten indessen nicht viel zu bejagen, da das Zentrum nie erlauben würde, das allgemeine Wahlrecht anzutasten. Kurz, die regierende Partei ritt die Klippe nicht mit, und damit war ihre Kraft von vorn herein gebrochen.

Die Ausführungen der gestrigen Redner: Siebermann von Sonnenberg (Reform.), Goltzheim (Freis. Vgg.) und Zimmermann (antisem.) bewiesen nur, daß die Versicherungen des Reichskanzlers hinsichtlich der beiden hauptsächlichsten Punkte: unserer Isolierung in der Welt und des persönlichen unfähigen Regiments, auf sie gar keinen Eindruck gemacht hatten. Sie behaupteten mit derselben Entschiedenheit wie die Vorgesprochenen die Gerechtigkeit und Berechtigung dieser Beschwerden. Und Herr v. Siebermann erklärte dazu noch den Dreibund für wertlos geworden. Herr Goltzheim wollte den wahren Grund für die allgemeine Abneigung des Auslandes gegen uns in der reaktionären, klerikalen und schutz-zöllnerischen inneren Politik entdeckt haben, und Herr Zimmermann entrüstete sich aufs höchste darüber, daß „wir“ unentwegt anderen Ländern nachlaufen, sogar Norwegen, ohne erst den Zutritt des besagten jungen norwegischen Königs abzuwarten, und daß der Reichskanzler nicht die Macht habe, solche Politik zu verhindern.

Zu Beginn der Sitzung nahm der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Tschirschky, noch Gelegenheit, sich wegen seines Fehlens am Mittwoch zu rechtfertigen. Er sei nicht zu seinem Vergnügen nach München gegangen, um höfische Feste mitzufeiern, sondern in Ausübung seiner Pflicht, sich dem Prinzregenten vorzustellen und mit den dortigen Ministern zu konferieren. Das an diesem Tage schon die auswärtige Politik im Reichstage zur Sprache kommen würde, aber er nicht wissen können. Er müsse auch den Vorwurf zurückweisen, daß er ein geschmeidiger Höf-

ling und nicht verantwortlicher Ratgeber der Kronen räte und mit den Monarchen eine Politik mache, die die Intentionen des Reichskanzlers durchkreuzt. Unverantwortliche Einflüsse auf den Monarchen gäbe es überhaupt nicht, und unsere Politik sei durchaus einheitlich, nämlich die, die vom Reichskanzler verantwortlich vertreten würde. Somit ist also alles nicht wahr, und die Beunruhigungen sind gänzlich grundlos. So endete die Debatte über die mit so großer Feierlichkeit eingeleitete Nation in Sachen unserer auswärtigen Politik. Viel bemerkt wurde noch das erste, aber noch ganz schweigsame Erscheinen des neuen Kolonialdirektors Dernburg am Bundestagstische.

Der Rest der Sitzung war Wahsprüfungen gewidmet.

Deutsches Reich

Dresden. (Gegen die Fleischnot.) Sämtliche sächsische Städte mit über 20 000 Einwohnern beschlossen, eine Petition an die sächsische Regierung zu richten, worin diese ersucht wird, Maßnahmen zur Wäderung der herrschenden Fleischteuerung zu ergreifen.

Berlin. (Der Kaiser) wird gelegentlich seiner Rückfahrt von Donaueschingen nach Wildpark am 17. ds. Mts. einen 2 1/2 stündigen Aufenthalt in Baden-Baden nehmen, um dem Großherzog von Baden und seiner Gemahlin einen Besuch abzustatten.

(Kronprinz und Cumberland.) Die „Neue Freie Presse“ brachte eine Mitteilung, die Beachtung verdient, vorausgesetzt, daß sie sich bestätigen wird. Dem Blatt wird nämlich aus Grünau gemeldet, daß am diesem Freitag nachmittags der Prinz Ernst August von Cumberland doerhin kommen und, wie verlautet, mit dem deutschen Kronprinzen zusammentreffen werde. Bekanntlich ist Prinz Ernst August der jüngste Cumberlander, zu dessen Gunsten die anderen männlichen Mitglieder der Familie ihre Ansprüche auf den braunschweigischen Thron vor kurzem aufgeben wollten. Grünau gehört zum Bezirk Gmunden, in dem die Cumberlander seit 1878 wohnen. Ein Zusammentreffen der beiden Prinzen würde gerade jetzt den Kombinationspolitikern vielen Stoff bieten.

(Fürst Bälou's Rede und die Presse.) Die große Rede des Reichskanzlers über die auswärtige Politik findet in der deutschen Presse aller Parteien eine weit weniger günstige Aufnahme, als seine früheren Reichstagsreden. Fast überall kommt zum Ausdruck, daß Fürst Bälou diesmal die Erwartungen getäuscht hat. In der auswärtigen Presse dagegen wird die Rede allenthalben sympathisch aufgenommen.

(Der Entwurf des Reichshaushalts-etats für 1907) wird den Bundesrat recht bald beschäftigen können. Man hatte ursprünglich angenommen, daß es möglich sein würde, dem Reichstage den nächstjährigen Etat kurz nach seinem Wiederzusammentritt vorzulegen; es hat sich aber herausgestellt, daß dies unmöglich ist. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Vorlage des Etats beim Reichstage sich im Dezember frühzeitig genug wird vollziehen lassen können, um hier die erste Besung noch vor den Weihnachtstagen glatt zu beenden.

(Debut Dernburg.) Die Korrespondenz Woth meldet: Der neue Kolonialdirektor Dernburg wird am Montag den 19. November vor dem Reichstage sein Programm entwickeln. Da der Kolonialetat bis zu diesem Zeitpunkte nicht vorliegen kann und andere Kolonialfragen nicht vorgelegt sind, ist es nicht recht verständlich, bei welcher Gelegenheit der Kolonialdirektor einsprechen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bis dahin die Rational-Nachtragsetats dem Reichstage vorgelegt werden.

(Der Deutsche im Ausland.) Ein neuer Fall des Verjagens unserer konsularischen Be-

setzung im Auslande wird in einer der jüngsten Nummern der Londoner „Pall Mall Gazette“ mitgeteilt. Es wird dort erzählt:

Ein junger deutscher Techniker wird zu wiederholten Malen in Bureaus in Hildborn schlafend aufgefunden und als verdächtig vor das Landmagistrat gebracht. Das Gericht stellt fest, daß der Mann in England gestrandet ist, keines Pennys und kein Wort Englisch kann. Der Aldermann, Sir Alfred Newton, fragt beim deutschen Konsulat an, ob man den Landmann nicht in die Heimat befördern wolle. Antwort: dafür ist kein Fonds vorhanden. Wenn er entlassen ist, wird man versuchen, ihm Arbeit zu verschaffen. (Findet man keine, so bleibt die englische Armenpflege.) Sir Alfred war von der Antwort überrascht und drückte sich sehr kräftig aus. Da sei ein junger Deutscher ohne einen Penny und nicht imstande, ein Wort Englisch zu reden auf die Straße geworfen, das Konsulat aber weigert sich, ihm zu helfen. Wenn ein Engländer in der Fremde gestrandet wäre, so hätte er nichts zu tun, als sich an das britische Konsulat zu wenden, und er würde Hilfe finden. . . . Deutschland sei der Sorge für seine Staatsangehörigen eingeboren auf Kosten englischer Wohltätigkeit.

Das ist ein recht beschämendes Vorkommnis für die Ränge unserer Konsularwesen.

Ausland

London. (Von Buren einfall in die Kapkolonie.) Der Befehlshaber der ersten gegen Ferreira entsandten Truppe, Inspektor White, ist wegen der Art und Weise, wie er die Operationen leitete, seines Postens entsetzt worden. Ferreira hat am Mittwoch Goodwin am Orangefluß erreicht und von dort in östlicher Richtung seinen Marsch fortgesetzt, noch immer von den Polizeitruppen verfolgt. Bei dem Gefecht am Montag wurde ein Rebell getötet und einer verwundet. — Der frühere Burengeneral Botha hat der Transvaalregierung seine Dienste gegen Ferreira angeboten. Die Regierung hat Botha ihren Dank ausgesprochen und ihm mitgeteilt, daß sie sein Schreiben der Regierung in London übermitteln habe. — Nach einer amtlichen Meldung sind drei Anhänger Ferreira's, unter ihnen ein Bruder Ferreira's und ein eingeborener Spion, gefangen genommen worden.

Newyork. (Eine Million Dollar für die Opfer des Erdbebens in San Francisco zu untersuchen.) San Francisco Daily Chronicle behauptet, daß Beiträge für die Unterstützung der durch das Erdbeben Geschädigten verschwunden seien; es soll eine Million Dollar fehlen. Präsident Roosevelt interessierte sich für die Untersuchung und der Fall werde vor das Bundesgericht kommen, da die Beförderung durch die Post dabei in Frage kommt.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 16. November.

* Der Herbststurm legt heute wieder mächtig über die Fluren und singt seine Weisen in den Straßen der Stadt. Ob seines ungestümen Saufens neigen sich die fast blätterlosen Bäume, und die Menschenkinder merken es, daß der November das Regiment führt, von dem sie nichts besseres gewöhnt sind.

* Soher Besuch. Prinzessin Sophie von Schwarzburg-Waldenburg, Gräfin M. von Solms-Wildenfels, Frau von Ullrich Gleichen und Frau Amtsrichter von Einsiedel, waren gestern aus Waldenburg hier eingetroffen, um einer Weihnachtsausführung in der Kleinkinderschule beizuwohnen.

* Theater. Längere Zeit hat keine Theatertruppe in unserer Stadt Einkehr gehalten, daher war der Andrang zu dem gestrigen Spielabend der hier von früher her bekannten Schmidt'schen Theaterdirektion ein so gewaltiger, daß der „Helm“-Saal die Zahl der Besucher kaum zu fassen vermochte. Als Zugmittel mag auch die Auswahl des Stückes „Der Abt von St. Bernhard“ von Professor Dr.